

Nr. 151/2010

Postulat Piazza: Junge für mehr Demokratie!

Eingang: 31. März 2010

Zuständiges Departement: Präsidialdepartement

Antrag des Gemeinderates: Ablehnung

Begründung

Der Gemeinderat teilt die Einschätzung des Postulanten, dass die Schweiz über ein hervorragendes direkt-demokratisches Staatssystem verfügt. Die entsprechenden Instrumente sollen grundsätzlich benutzer- und benutzerinnenfreundlich angewendet werden können, was aber den Rückgang der Stimmbeteiligungen während den vergangenen 40 Jahren leider nicht bremsen konnte. Diese Entwicklung ist gesamtschweizerisch feststellbar. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig und werden immer wieder intensiv diskutiert ohne dass bis jetzt ein wirklich erfolgsversprechender Lösungsansatz gefunden werden konnte. Vielmehr handelt es sich um einen Strauss von Massnahmen und Möglichkeiten, diese gesellschaftliche und staatspolitisch sehr relevante Entwicklung anzugehen. Obwohl der Gemeinderat grundsätzlich jede Massnahme zur Aktivierung der Stimmberechtigten am Wahl- und Abstimmungsgeschehen nutzen will, lehnt der Gemeinderat die fünf Forderungen des vorliegenden Postulates ab.

Zu den einzelnen Forderungen:

1. Im (noch gültigen) Lehrplan (siehe dazu: Innerschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz, Lehrpläne für Sekundarstufe 1, Geschichte und Politik, Juni 1991, Seite 13, 19, 25, 33, 34) sind die jeweiligen inhaltlichen Ziele vorgegeben. Es gibt einige Grobziele (z.B. „Wesentliche Aspekte der Politik und des Alltagslebens um 1500; die Entwicklung der Schweiz vom alten Obrigkeitsstaat zum modernen Bundesstaat; die Schweiz in Zeiten des 1. und 2. Weltkrieges / die Schweiz seit 1945“) und Vorgaben für die Themen der politischen Bildung (z.B. Gewaltentrennung, Parteien, Nationalbewusstsein heute usw.) mit denen die Lehrpersonen den nationalen, kantonalen und lokalen Kontext herstellen können (sollen). Wie diese Ziele mit welcher Gewichtung und mit welchen unterstützenden Instrumenten und Massnahmen erreicht werden, bestimmt die entsprechende Lehrperson. Bereits heute nutzen einige Lehrpersonen Zusammenkünfte und Besuche und den Einbezug der Gemeindeverwaltung, der politischen Behörden bzw. der Behördenmitglieder, um Lehrplanziele zu konkretisieren und nahe an die Schülerinnen und die Schüler heranzubringen.
Aktuell stehen im
7. Schuljahr: 2 Lektionen Geschichte / 2 Lektionen Geografie
8. Schuljahr: 2 Lektionen Geschichte / 2 Lektionen Geografie
9. Schuljahr: 3 Lektionen Geschichte und Geografie zur Verfügung.

Die Gewichtung des Staatskundeunterrichtes bzw. die zur Verfügung stehenden Lektionszahlen befinden sich nicht im Kompetenz- und Zuständigkeitsbereich der kommunalen Behörden. Wichtig ist aber, dass kommunale und kantonale Politik bzw. politische Entscheide und Entwicklungen nicht isoliert im Staatskundeunterricht, sondern ganz allgemein im Schulunterricht Aufnahme finden und so die Vernetzung des theoretischen Lern-

- stoffes mit dem praktischen unmittelbaren Alltag verknüpft werden. Die Sensibilisierung der Lehrpersonen für praxisnahe Unterrichtsmethoden erfolgt einerseits während der Ausbildung der Lehrpersonen als auch in den jeweiligen Schulteams und wird in Kriens entsprechend gepflegt und unterstützt. *Ein weiterführender Eingriff in die Methoden und Unterrichtsgestaltung der einzelnen Lehrpersonen ist nicht sinnvoll.* Der Gemeinderat ist jedoch sehr gerne bereit, den direkten Kontakt und den Austausch mit den Lernenden weiterhin aktiv zu pflegen, was die zahlreichen Interviewanfragen und verschiedentlich auch Besuche von Klassen im Gemeindehaus verdeutlichen.
2. Der Gemeinderat ist bereits heute sehr an der Weiterentwicklung eines möglichen E-Votings interessiert und verfolgt die jeweiligen kantonalen und die jeweiligen Schritte bzw. Versuche von Bund und Kanton aufmerksam. Die Forderung des Postulates ist hier bereits erfüllt.
 3. Der Gemeinderat hat die rechtliche Situation für den Einsatz des Internets bereits geklärt: Elektronische Signaturen bei Initiativen und Referenden sind aktuell im Kanton Luzern nicht möglich. Durch die Einführung der elektronischen Unterschrift im Laufe des Mai 2010 wird sich diese Frage für den kantonalen Gesetzgeber wiederum neu stellen. Entsprechende Schritte müssen vom Kanton unternommen werden.
 4. Eine portofreie, stimmliche Briefabgabe führt nicht unmittelbar zu einer höheren Stimmbeteiligung was Vergleiche zwischen den Gemeinden (mit und ohne Portokosten) belegen. Im Durchschnitt werden pro Abstimmung rund 8'500 briefliche Stimmen abgegeben. Sollte davon 80 % der Couverts per Post zurückgesandt werden, ergibt dies zusätzliche Kosten von rund Fr. 6'000.00 pro Urnengang. Der Gemeinderat erachtet diese Massnahme aufgrund der nicht nachweisbaren Verbesserung der Stimmbeteiligung zurzeit als nicht opportun. Insbesondere da im Rahmen des aktuell erarbeiteten Spar- und Entlastungspaketes auch kleine Budgetverbesserungen erzielt werden sollen bzw. keine zusätzlichen (nicht zwingend notwendigen) Mehrbelastungen erfolgen sollen.
 5. Die Motivierung und Aktivierung der Stimmbevölkerung am demokratischen Prozess gehört zum Tagesgeschäft von Politik und Verwaltung. Der Gemeinderat beschäftigt sich immer wieder mit der Frage des optimalen Einbezugs einer ansprechenden hilfreichen Information und der zur Verfügungstellung von Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten. Insbesondere in grundsätzlichen Entscheidungsprozessen (beispielsweise Zentrumsrealisierung) erachtet der Gemeinderat die Ausrichtung seiner Aktivitäten auf ein zeitgemässes auch junges Zielpublikum als vordringlich. Das dabei möglichst alle zur Verfügung stehenden (elektronischen) Möglichkeiten und Instrumente genutzt werden können, motiviert den Gemeinderat „gut am Ball zu sein“.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass politisches Interesse gerade auch über Personen, Betroffenenheiten und / oder Bedürfnisse geweckt und die Bereitschaft zur Beteiligung durch den persönlichen Bezug gesteigert werden kann. Aus diesem Grunde übernehmen die sechs unterzeichnenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte („die junge Generation des Einwohnerrates Kriens“) eine eigentliche Vorbild- und Motivationsrolle. Der Gemeinderat unterstützt die Postulantin und die Postulanten in ihrem Wirken und ihren Anliegen. Sofern diese nicht bereits ins Alltagsgeschäft eingeflossen sind, können auch gemeinsame Aktivitäten junge Menschen unterstützen, sich frühzeitig ins politische System einzubringen.

Da es sich bei den Forderungen des Postulates um eher allgemein-gültige Aussagen handelt, sieht der Gemeinderat diese durch seine grundsätzlich positive auf die jeweiligen Situationen

und Ereignisse ausgerichtete zukunftsorientierte Handlungsweise bestätigt. Daher erachtet der Gemeinderat eine weitergehende Berichterstattung als überflüssig.

Kriens, 21. April 2010